

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cinddenstraße 8
Telefon: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonabend

21. Mai 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Dormwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cinddenstraße 8
Telefon: Dönhoff 202 - 207

Verhandlungen bei der AEG.

Zunahme der Streikbewegung. - Die AEG. kündigt Aussperrungen an.

Die B.S.-Korrespondenz berichtet:

Der Streik der Werkzeugmacher bei der AEG. hat, wie wir von der Fabrikoberleitung des Werkes erfahren, bisher an Umfang nicht zugenommen. Gegenüber der Meldung, daß bei der AEG. eine Stilllegung der Betriebe drohe und etwa 50 000 Arbeiter vor der Aussperrung ständen, wird uns mitgeteilt, daß lediglich in den von den Werkzeugmachern bestreikten Betrieben in der Koloniestraße, in Treptow und in der Rheinstraße in Friedenau durch Anschlag bekanntgegeben worden ist,

daß diese Fabriken geschlossen würden,

wenn nicht bis zum Montag die Arbeit wieder ausgenommen würde. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die Aufrechterhaltung der Betriebe infolge des Streiks der etwa 160 Werkzeugmacher auf die Dauer nicht durchzuführen sei. Am heutigen Tage wird es sich entscheiden, ob die Differenzen etwa auf dem Verhandlungswege beigelegt werden können.

Das ist ein sehr merkwürdiges Dementi. Also es droht keine Stilllegung der Betriebe. Lediglich die Werke, wo die Werkzeugmacher streiken, werden stillgelegt. Da aber der Streik der Werkzeugmacher immer größere Kreise zieht und droht, sich auf die gesamten Werke auszudehnen, so folgt daraus, daß dann auch sämtliche Betriebe stillgelegt und 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt werden.

Die Direktion bestätigt also unsere Mitteilung, obwohl sie sich den Anschein geben möchte, als bestreite sie deren Richtigkeit.

Sehr bezeichnend ist das Schweigen der Direktion zu den von uns angeführten Tatsachen. Kein Wort weiß sie zu sagen zu dem Lohnabbau, der z. B. die Stundenverdienste der Facharbeiter während der letzten zwei Jahre um 25 Pf. kürzte, während gleichzeitig die Produktivität außerordentlich gesteigert wurde und die Lebenshaltungskosten sich wesentlich verteuerten. Kein Wort, daß die Direktion selbst die Streikbewegung verschuldet hat, weil sie nach dieser systematischen, brutalen Verleumdungspolitik sich weigerte, mit dem Deutschen Metallarbeiterverband auch nur zu verhandeln.

Erst als die Werkzeugmacher in den Streik traten, bequemte sich die Direktion zu lächerlichen Zugeständnissen von 3 Pf. die Stunde, wovon aber die Maschinenchlosser und die anderen Gruppen ausgeschlossen bleiben sollten.

Also die im Gelde schwimmende AEG. will von den 25 Pf., die sie den Arbeitern an ihren Stundenlöhnen abgeknapsft hat, gnädigst

einem kleinen Bruchteil der Arbeiter ganze drei Pfennige

zurückstatten - natürlich nicht für die zurückliegende Zeit. Wenn die Direktion der AEG. schließlich mitteilt, daß heute Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts stattfinden, so leitet die Direktion diese Verhandlungen mit folgender Mitteilung des „literarischen Bureaus“ der AEG. ein, die uns um die Mittagsstunde zugeht:

„Über den Stand der Arbeiterbewegung in der AEG. hören wir von informierter Seite, daß nicht damit zu rechnen ist, daß die Werkzeugmacher der Aufforderung der Direktion nachkommen und die Arbeit am Montag wieder aufnehmen werden. Infolgedessen wird in den drei Fabrikabteilungen für Apparate- und Instrumentenbau

die angekündigte Schließung erfolgen

müssen, da mit Rücksicht auf die Eigenart dieser Teilbetriebe eine Fortführung der Arbeit für die übrigen Arbeitnehmer auf die Dauer nicht angingig ist. Die Zahl der hiervon betroffenen Arbeiter wird sich auf 2500 belaufen. Wir hören ferner, daß am Montag nachmittags Verhandlungen in dieser Sache stattfinden sollen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband.“

Also während die Unterhändler des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit den Vertretern der AEG. verhandeln, läßt die Direktion mitteilen, daß die Betriebe geschlossen und 2500 Arbeiter zunächst ausgesperrt werden. Die Zahl der Streikenden und Aussperrten würde sich damit zunächst auf etwa 4000 erhöhen. Für den Geist in der Direktion der AEG. ist die Mitteilung des „literarischen Bureaus“ bezeichnend.

Ausdehnung der Streikbewegung.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, haben heute mittag 12 Uhr auch die Werkzeugmacher der Werke in der Brunnenstraße und in der Adlerstraße die Arbeit niedergelegt. Die Verhandlungen, die heute vormittag 11 Uhr begonnen haben, sind bei Redaktionsschluss noch nicht beendet. Obwohl die Aussperrung in den erstgenannten Werken durchgeführt wird, scheinen die Verhandlungen keinen ungünstigen Verlauf zu nehmen.

Der Londoner Präsidentenbesuch

Truppenverminderung. - Rheinlaundräumung.

Wie vor der Abreise des Präsidenten der französischen Republik ist man auch nach seiner Rückkehr von London in Frankreich und England eifrig um die Feststellung bemüht, daß sein und Herrn Briands Besuch an der Themse nichts an den Beziehungen zwischen den beiden Ländern und an ihrer Politik ganz allgemein geändert habe. Im großen und ganzen sind diese Versicherungen zweifellos glaubwürdig. Der Sinn der Fahrt war im wesentlichen der, daß die Entente zwischen Paris und London, deren Glanz im Laufe der Jahre einige Trübungen erfahren hatte, wieder aufgefrischt wurde. Seit dem Abschluß des Weltkrieges hatte es allerlei Differenzen gegeben. Sie hatten ihre Wurzeln in Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung Deutschlands, in dem Verhältnis der beiden Kabinette zu Italien und in anderen Dingen. Sie sprengten das Einvernehmen nicht, aber sie lockerten hier und da seine Schrauben und Rieten, und der Welt sollte nun gezeigt werden, daß alles wieder in Ordnung sei - unter gleichzeitiger Betonung des absolut friedlichen Charakters der Freundschaft, die sich an den Prinzipien von Locarno und Genf orientiere. In diesem Sinne hat jetzt auch der französische Außenminister die Pariser Presse informiert. Die Unterhaltung zwischen ihm und Chamberlain habe volle Einmütigkeit über alle Fragen ergeben, die Entente sei gestärkt aus der Aussprache hervorgegangen, ihr einziges Ziel sei die Sicherung und Befestigung des Friedens.

Das ist zwar das bei solchen Gelegenheiten übliche Klischee, aber diesmal wird es um so mehr zutreffen, als schließlich Briand und Chamberlain oft genug die Möglichkeit besitzen, ihre Meinungen persönlich auszutauschen und daher ihre Londoner Konferenz nicht mit viel neuen Problemen belastet war. Nur wäre es interessant zu erfahren, ob die volle Einmütigkeit schließlich auch zu gemeinsamen Beschlüssen geführt hat, und was namentlich, um von den anderen Fragen zu schweigen, Deutschland von ihr erwarten kann.

Es fehlt bei uns befanntlich nicht an Leuten, die von der erneuerten britisch-französischen Freundschaft unangenehme Rückwirkungen für Deutschland erwarten. Wir halten solche Befürchtungen für grundlos. Aus der geringeren Intimität der letzten Jahre sind uns keine besonderen Vorteile erwachsen. England hat die Annäherung zwischen Frankreich und uns immer gern gesehen, aber es hat nie einen Druck auf das Pariser Kabinett ausgeübt, um es wider seinen Wunsch und Willen zu Zugeständnissen zu veranlassen, die das Tempo der Verständigung hätten beschleunigen können. So wird es nach aller Wahrscheinlichkeit auch heute bleiben, und was die im Vordergrund stehenden Fragen der Verminderung der Besatzungstruppen und der Räumung des Rheinlandes betrifft, so mag zwar Chamberlain seinem Kollegen möglichstes Entgegenkommen angeraten haben, aber im einzelnen wird doch Frankreich das entscheidende Wort behalten.

Der Bescheid, den Briand in der nächsten Zeit auf die letzten diplomatischen Schritte des Auswärtigen Amtes erteilen wird, erfolgt diesmal freilich in vollem und ausdrücklichen Einvernehmen mit England, doch wir glauben nicht, daß er anders ausgefallen wäre, wenn die beiden Minister sich in diesen Tagen nicht ausgesprochen hätten. Man wird die Entscheidung über die Truppenzahl, die übrigens, was man nicht ganz vergessen soll, seit Locarno doch nicht ganz unbedeutend reduziert sind, auf die Zeit nach der Erledigung der geforderten Zerstörungen an den Offestungen verlagert. Wenn hier alles in Ordnung befunden ist, und wenn die beiden Regierungen ihren Eitelkeitenstreit über die Art der Kontrolle der ausgeführten Arbeiten ausgetragen haben, dann werden innerhalb der allgemeinen mit der französischen Heeresreform zusammenhängenden Umgruppierung eine Reihe von Einheiten - es wird im ganzen von etwa 10 000 Mann gesprochen - zurückgezogen werden. Dabei wird man es sich angelegen sein lassen, jeden Anschein zu vermeiden, als folge man einem Druck der deutschen Regierung oder gar ihrer deutschnationalen Mitglieder.

Und die vollständige Räumung? An sie ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Die zutreffende deutsche Rechtsauffassung, die sich auf den Art. 431 des Versailler Vertrages stützt, wird vorläufig sich nicht durchsetzen. Die von der französischen Rechten mitbestimmte auswärtige Politik Frankreichs will einer deutschen Rechtsregierung die Räumung nicht bewilligen. Sie fürchtet - durchaus zu unrecht - von der Rheinräumung eine Stärkung des deutschen Nationalismus. Sie glaubt fälschlicherweise, daß ein Entgegenkommen an die Wünsche des ganzen deutschen Volkes den Rechtsparteien in Deutschland zugute kommen würde, während gerade umgekehrt ein Sieg der Verständigungspolitik dem Geiste der Verständigung in Deutschland zum vollen Sieg verhelfen würde. So wird die Politik der Freunde des Grafen Westarps, die Politik der starken Hand, nicht die Gelegenheit erhalten, einen Sieg zu feiern. Wobei die Frage offen bleiben kann, ob die Deutschnationalen selbst noch an ihre starke Hand glauben. Ihre Presse redet zwar von einer neuen breiten nationalen Basis, und sie verlangt neue außenpolitische Ziele. Aber das sind Phrasen, bei denen sich selbst der „Berliner Lokal-Anzeiger“ nichts denkt.

Der amerikanische Ozeanflug.

Lindbergh über dem Atlantik.

Paris, 21. Mai. (WIB.) Hauptmann Lindbergh, der gestern früh um 7.52 Uhr (amerikanische Sommerzeit) vom Flugplatz Curtissfeld bei New York gestartet ist, wird heute abend gegen 8 oder 9 Uhr in Le Bourget eintreffen. Gestern wurden in Anwesenheit des Attaches für das Flugwesen bei der amerikanischen Botschaft Vorkehrungen getroffen für die Betreuung des Flugplatzes, die die ganze Nacht durchgeführt werden soll. Ähnliche Vorkehrungen sind auch auf den übrigen großen Flugplätzen Frankreichs angeordnet worden. Der Veranstalter des von Nord geplanten Ozeanfluges, W. O. S. W. A., hat die amerikanischen Botschafter in London und Paris gebeten, die französische Regierung zu

Englisches Kabinett für Bruch mit Moskau?

Der Abbruch der Beziehungen soll die Haussuchung bei „Arcos“ rechtfertigen.

London, 21. Mai. (I.L.) Während es gestern noch den Anschein hatte, daß die Möglichkeit eines vollständigen Bruches mit Rußland nur von einem verhältnismäßig kleinen Teil der politischen Kreise Englands erwogen werde, sind die heutigen Morgenblätter fast durchweg auf den Ton gestimmt, daß sowohl im Kabinett wie innerhalb der konservativen Partei die Auffassung immer mehr an Boden gewinne, daß ein Bruch mit Moskau zweckmäßig erscheine. Die verschiedenen diplomatischen und militärischen Instanzen beraten fortgesetzt über die mit einem Abbruch der Beziehungen zusammenhängenden Fragen. Das Reichsverteidigungsamt hat gestern im Zimmer des Ministerpräsidenten im Unterhaus konsultiert. Bereits am Montag wird eine Sonder Sitzung des Kabinetts zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung nehmen. Es verläuft, daß das auswärtige Amt im Besitz von Unterlagen sei, wonach die Sowjetdelegation in London eine vollständige bolschewistische Organisation unterhalte.

Die Umsturzorganisation der Sowjets.

London, 21. Mai. (W. I. B.) Heute verkündet auch „Daily Mail“ in Fettdruck, daß ein vollständiger Bruch der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Moskauer Regierung jetzt vom Kabinett für unvermeidlich angesehen werde. Es verläute, das Foreign Office sei im Besitz unwiderlegbarer Beweise, daß in Großbritannien eine Organisation mit der Sowjetvertretung als Spitze bestünde, deren Ziel der Umsturz der britischen Verfassung sei. In ministeriellen Kreisen werde betont, daß die öffentliche Enthüllung dieser Verschwörung in allen ihren Einzelheiten politisch nur von größtem Vorteil für die Regierung sein könne.

Angst vor der Sowjetpropaganda.

Es muß unbedingt verhaftet werden.

Paris, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung Poincaré läßt sich durch die hässliche Ablehnung, die ihre Absicht, die vier kommunistischen Abgeordneten wegen angeblicher antisowjetischer Propaganda zu verfolgen, beim Parlament gefunden hat, nicht abschrecken. Justizminister Barthou verlangt nach wie vor, vor der parlamentarischen Immunitätskommission gehört zu werden. Auch Briand hat, dem „Matin“ zufolge, im Ministerrat am Freitag mitgeteilt, daß bei seinen Bepfrehungen mit Chamberlain in London das Vorhandensein eines großen russischen Propagandasytems auf dem europäischen Festlande festgestellt worden sei.



erzählen, alle Vorkehrungen zu treffen, um den Flug Byrds zu erleichtern. Besonders sollen dauernd meteorologische Beobachtungen mitgeteilt werden und die französischen Funkstationen mit dem Flugzeug in Verbindung bleiben.

St. Johns (Neufundland), 20. Mai. (WIB.) Hauptmann Lindbergh überflog St. Johns um 8.45 Uhr östlicher Zeit. Das Flugzeug flog sehr tief und sehr rasch in Richtung irische Küste. Der Motor schien gut zu arbeiten.

St. Johns (Neufundland), 21. Mai. (WIB.) Wie die Marinebehörden mitteilen, wehte gestern abend ein starker Wind, der geeignet ist, Lindberghs Flug beträchtlich zu begünstigen. Man erwartet, daß Lindbergh heute mittag die irische Küste erreichen wird.

Washington, 21. Mai. (I.L.) Wie der Amtliche amerikanische Funkpruch meldet, wird von den auf hoher See befindlichen Schiffen, die das Lindbergh-Flugzeug sichteten, gemeldet, daß das Flugzeug in gutem Flug bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von rund 100 Meilen beobachtet wurde.

New York, 21. Mai. (WIB.) Der Start des Bellanca-Flugzeugs Columbia zum Transozeanflug ist durch schlechtes Wetter verzögert. Der Führer des Flugzeugs, Chamberlain, erklärte, daß er, falls das Wetter günstig ist, am Sonntag in aller Frühe abfliegen plant.

Gefährdung des Wohnungsbaues.
Die Verteuerung der Baustoffe. — Erschwerung am Kapitalmarkt.

Die durch öffentliche Mittel gespeiste Bautätigkeit wird durch die Verteuerung der Baustoffe empfindlich bedroht. Da gleichzeitig die Beschaffung erster Hypotheken infolge der Verknappung des Kapitalmarktes auf Schwierigkeiten stößt, rechnet man an zuständiger Stelle damit, daß die gegenwärtige Konjunktur höchstens bis zur Mitte des Jahres vorhalten, dann aber ein Rückgang eintreten wird. Sowohl zur Überwindung der Wohnungsnot, wie im Interesse der Beschäftigung der Arbeiter wird man also den Borgängen am Baustoffmarkt besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, zumal normalerweise zwei Drittel der Baukosten auf Material entfallen, während nur ein Drittel von den Löhnen verursacht wird. Auch nach der Steigerung der Löhne im letzten Jahre machen die Materialkosten mindestens die Hälfte der Bauaufwendungen aus.

Das Reichswirtschaftsministerium weist nun auf die Tatsache hin, daß der Baustoffindex vom Juli 1926 bis April d. J. von 142 auf 155 gestiegen ist, und zwar wird in diesen Preisen die Teuerung hauptsächlich auf die enorme Preissteigerung der Bauhölzer zurückgeführt. Einzelne Bedarfsgebiete, darunter Berlin, leiden zurzeit auch unter den außerordentlich gestiegenen Preisen für Ziegelsteine. In anderen Teilen Deutschlands ist die Verteuerung dieses Materials nicht so groß. Das Reichswirtschaftsministerium weist auf die Gefahr hin, daß die Ziegelverkaufsvereinbarungen und Kartelle ihre örtliche Monopolstellung zur Überteuerung der Preise ausnützen und droht gegen derartige Mißgriffe ein Einschreiten mit Hilfe der Kartellverordnung an. Für Berlin besteht ein Ziegelmangel nicht. Trotzdem ist hier diese Überteuerung am stärksten zu verzeichnen. Wenn nun die zuständigen Behörden zu einer maßvollen Preispolitik mahnen, so tun sie das mit vollem Recht, da andernfalls die Auftraggeber mit der stärkeren Anwendung mauersteinersparender neuer Bauweisen in Betracht ziehen werden.

Übrigens ist in Frankfurt a. M. der Preis der Mauersteine nicht gestiegen; da man hier bereits in großem Maße zur Anwendung anderer Baumethoden übergegangen ist, läßt sich vermuten, daß diese Selbsthilfe der Gemeinde Preissteigerungen für Ziegel verhindert hat.

Um durch eine möglichst zweckmäßige Verwendung der Baustoffe einen Einfluß auf die Materialpreise zu erzielen, und die Rationalisierungsbemühungen im Baugewerbe durchzuführen, wurde von der Reichsregierung beim Reichsrat ein besonderer Ausschuß gebildet. Dieser tritt am 23. Mai zu einer Sitzung in Stuttgart zusammen, gleich darauf, am Mittwoch, findet zwischen dem Reich und den Ländern eine Reichswohnungskonferenz statt, die den Entwurf einer Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung sowie besondere Maßnahmen wohnungspolitischer Art zu beraten haben wird. Diesen Beratungen wird eine besondere Bedeutung zukommen, da die Länder vom Reichsarbeitsministerium gebeten worden sind, auf die Preisgestaltung am Baustoffmarkt zu achten und den Reichsinstanzen darüber Mitteilung zu machen; doch sind derartige Beschwerden noch nicht an die Reichsregierung gelangt.

Ein besonderes Kapitel bildet die Verteuerung des Bauholzes. Die verschiedenen Sorten Bauholz sind gegen das Vorjahr um 16 bis 33 Proz. gestiegen. Da Länder und Gemeinden die wichtigsten Holzlieferanten sind, wird es von ihrer Preispolitik in entscheidendem Maße abhängen, ob eine Verbilligung des Bauens möglich ist.

Zebenfalls ist dringend zu fordern, daß die Reichsregierung alles tut, um die unnötige Verteuerung des Bauens zu vermeiden. Kommt man nicht zu raschen Maßnahmen, so geht nicht nur wertvolle Zeit verloren, auch ein großer Teil der öffentlichen Gelder wird durch die übersteuerten Baustoffe vorzeitig ausgezehrt und das Bauprogramm dadurch beschränkt. Für die ganze Wirtschaft wäre es eine schwere Gefahr, wenn infolge der Schwierigkeiten am Kapitalmarkt und der Baustoffteuerung die mühsam angelockerte Wohnungsbautätigkeit rasch wieder abflauen und große Arbeitermassen freitreiben würde die unmittelbar oder mittelbar von der Bautätigkeit abhängen.

Genfer Wirtschaftskompromiß.

Die Sowjetdelegation unterschreibt einen Teil der Resolution nicht.

Genf, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Soeben hat der Vergleichsauschuß der Wirtschaftskonferenzen eine Verständigung zu den Anerkennungsorderungen der Sowjetdelegation erzielt. Auf Grund der langen Beratungen von gestern abend und heute morgen, wobei verschiedene Terrifikationen, u. a. von Balfour (England) und Boden (Amerika), zur Diskussion gestellt wurden, hat man sich auf folgende Formel geeinigt:

Die Konferenz anerkennt die Wichtigkeit des Welthandels, enthält sich der Einmischung in politische Fragen und scheidet in der Zusammenarbeit aller Vertreter an der Konferenz, wie immer die Wirtschaftssysteme ihrer Länder seien, eine glückliche Verständigung einer friedlichen kommerziellen Zusammenarbeit aller Völker. Am Schluß der Resolution wird festgestellt, welche Resolutionen oder Teile davon die Sowjetdelegation annimmt, und daß die übrigen Resolutionen Sowjetrußland nicht betreffen.

Die freigeberischen Arbeitervertreter in der Kommission Außenwirtschaft und Dugh haben von Anfang an die russischen Forderungen kräftig unterstützt. Die ursprüngliche Ablehnung derjenigen Stellen des russischen Antrages, welche politische Auslegungen zuließen, — auf diese bezog sich unsere gestrige Meldung —, konnte jedoch bald Verständigungsbestrebungen von verschiedenen Seiten Platz machen, so daß die Einigung ohne große Schwierigkeiten gelang.

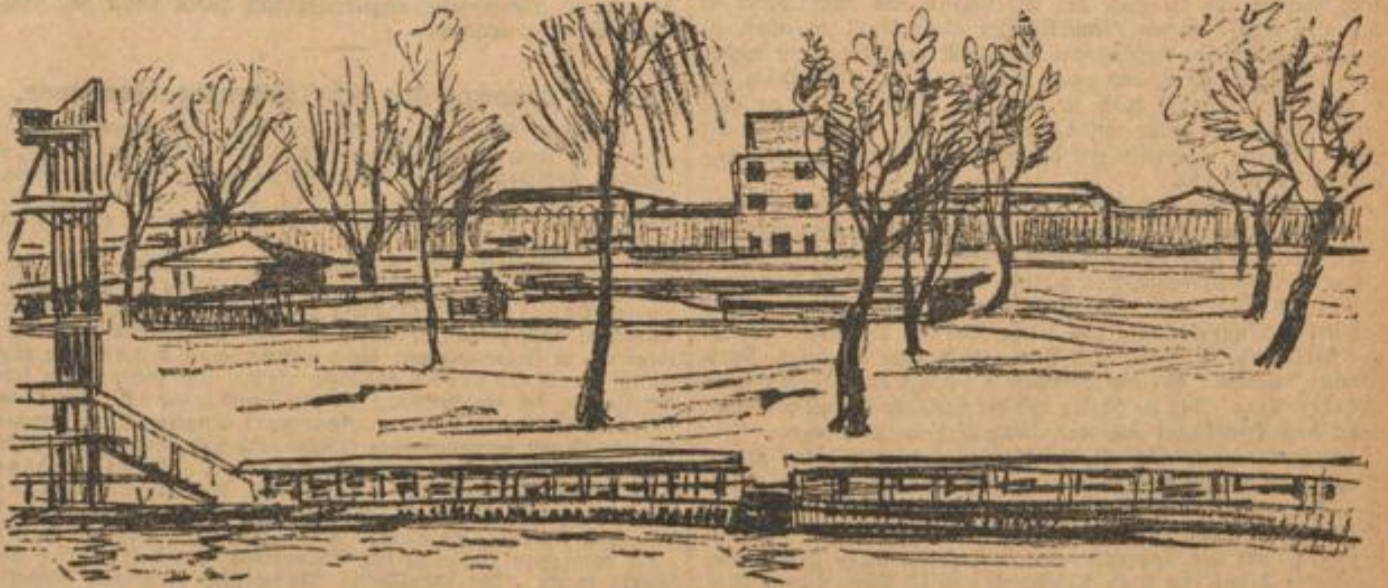
Beamtenwechsel bei Rendell. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, wird in das Reichsinnenministerium Ministerialrat Pöhlner aus Stuttgart berufen, und zwar als Nachfolger des zum Ministerialdirektor berufenen Ministerialrats Pellengahr. Der bisherige Schulreferent Ministerialrat v. Zahn soll die Oberprüfstelle in Leipzig übernehmen und durch eine dem Zentrum nahestehende Persönlichkeit ersetzt werden.

Dem Berliner Nationalsozialisten Goebel ist die Einreise nach Oesterreich nicht gestattet worden, da durch sein Erscheinen in Wien bei einer Schlageter-Feier Störungen der öffentlichen Ordnung zu befürchten seien.

Pressekonflikt in Erfurt. Die Vertreter der Erfurter Tagespresse aller politischen Richtungen haben heute beschlossen, die Beratungen über die Erfurter Stadtverordnetenversammlung bis auf weiteres einzustellen, da dem Herausgeber und Redakteur eines wöchentlich erscheinenden Blattes, dem der Auf eines Skandalblattes anhaften soll, der Zutritt zu den Presseplätzen gestattet wurde.

In Esch-Lohringen die innerfranzösischen Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat einzuführen, hat die sozialistische Kammerfraktion beantragt.

Das Warmbad im Freien!



Neben dem kürzlich eröffneten Großkraftwerk ist am Kummelburger See eine Freibadeanstalt entstanden, die heute Vormittag eingeweiht wurde.

Das Bezirksamt Lichtenberg hat ein neues Flußbad geschaffen, das in seinen Ausmaßen und technischen Einrichtungen als eins der schönsten und interessantesten Groß-Berlins angesehen werden darf. Die Wasseroberfläche ist 6400 qm groß und verteilt sich auf 4 Becken. Das Warmbecken wird von dem vom Großkraftwerk Ringenberg kommenden „Kühlwasser“ durchflutet. Dadurch wird eine Erhöhung der Temperatur des Flußwassers und damit die Möglichkeit erreicht, die Badesaison früher zu eröffnen und länger auszudehnen zu können. Das Warmbecken hat, wie auch das auf der anderen Seite des Sportbeckens, eine Längstiefe von 70 cm und eine Höchstitiefe von 3,50 m. Das Sportbecken ist von diesen beiden durch 6 m breite Stiege getrennt. Es hat eine Tiefe von 3—5 m. Auf dem Stiege befinden sich die Sprungtürme mit 1, 3, 5 und 10 Meter Höhe. Bei sportlichen Veranstaltungen können 8 Personen zu gleicher Zeit starten. Das schon erwähnte Schulbecken ist ebenfalls mit 2 Sprunggeländen ausgestattet und weiter mit 5 Schwimmgeländen, die dem Schwimmunterricht dienen. In der Mitte der etwa 26000 qm umfassenden Strandfläche ist ein Planschbecken eingebaut, das aus 5 Köhren mit frischem Wasser dauernd gespeist wird. Die Strandfläche wird eingemittelt von dem Eingangsgebäude, den Garderoben- und Toilettengebäuden und dem Warmwasser- und Wohngebäuden. Interessant sind einige Zahlen aus der gewaltigen Arbeitsleistung,

die der Bau dieses Bades erfordert hat. Ebe die 26000 qm große Fläche des Strandes in einer Höhe von 1 m mit weichem Sand aufgefüllt werden konnte, mußten nicht weniger als 7000 cbm unbrauchbaren Bodens bewegt werden. Zur Fortschaffung des auf der Sohle des Flußbettes sich im Laufe der Jahrzehnte angesammelten Schlammes waren 110 Kahnladungen mit einem Gesamtinhalt von 15000 cbm notwendig. Der Bau nahm etwa 40000 Tagewerke in Anspruch.

Das Flußbad wurde am heutigen Vormittag feierlich eingeweiht. Unter den Festteilnehmern waren Vertreter des Magistrats, des Bezirksamtes Lichtenberg und anderer Bezirksämter, Stadtverordnete, Bezirksverordnete, Vertreter der Schulverwaltung, der Gesundheitsverwaltung, des Stadtaemtes für Leibesübungen. Nach einleitendem Gesang eines Schulkinderchors (15. Gemeindefschule und Nikolaischule) begrüßte Bürgermeister Siggel die Gäste und gab eine Schilderung der Entstehung des Bades und der Schwierigkeiten, die sich der Mittelbeschaffung und der Bauausführung entgegenstellten. Diese Badeanstalt soll kein Konkurrenzunternehmen zum Wannesebad oder zum Müggelseebad sein, sondern denjenigen zugute kommen, die nicht so weit hinausfahren können. Für Berlin sei hier ein Werk geschaffen worden, auf das alle Berliner stolz sein können. Für die Gesundheitsverwaltung der Stadt sprach Medizinrat Prof. Dr. von Drögalki. Er rühmte die Tätigkeit, mit der die Verwaltung an diesem Werke gearbeitet hat. In die Feier schloß sich ein Rundgang durch das ausgebeutete Gelände des prächtigen Bades und Schwimmvorführungen badender Mädchen.

Der Großmeister des „Ordens zur Eremitage“
Die unzufriedenen Logenbrüder.

Es wird wohl ein Kindheitseindruck gewesen sein, der den jetzt 32jährigen G. Kaufmann von Beruf und Schauspieler aus Berufung zum Verhängnis geworden ist. Sein Urgroß- und Großvater waren Ordensbrüder, seine Eltern hatten ihm darüber verschiedenes erzählt, als Mensch mit „idealistischen Streben erfüllt“, fand er sich mit ähnlichen idealistischen Menschen zusammen, um einen Orden zu gründen. „Das Leberhandnehmen der materialistischen Strömungen unserer Zeit und die damit in Verbindung stehende Verrohung der Sitten“ hatten es ihm und seinen Getreuen angetan.

Der Orden sollte die Wiedererlangung des individualistischen Prinzips und der Völkerverehrung einerseits und „den Zusammenschluß idealistischer einander verachtender Menschen“ andererseits dienen. Es waren ihrer acht, als sie im Mai 1925 den neuen Orden ins Leben riefen. Sie liehen ihn in das Vereinsregister eintragen und er begann seine Tätigkeit. Nachdem ein beliebiger Herr mit wohlklingendem adligen Namen wegen seines hohen Alters die Ehre des Großmeisters abgeteilt hatte, wurde G. erwähnt. Als erster Vertreter des Großmeisters fungierte ein 17jähriger Jungling. Die Anfänge des Ordens waren bescheiden. Man versammelte sich bei Kerzenlicht, hielt Weihnachts-, nahm junge Leute auf und ließ sie wieder ab, sofern sie sich von dem Ernst der Angelegenheit nicht durchdrungen fühlten. Als dann ein neu aufgenommenes junges Mitglied 350 Mk. für die Ordenszwecke opferte, konnte die Werbeaktion für den Orden vor sich gehen. Es wurden Artikel veröffentlicht, Anzeigen in die Zeitungen gesetzt, in denen Leute, die an Logenbrüder Anschlag suchten, aufgefordert wurden, der neuen Loge beizutreten; auch Werbedriebe wurden verandt. Und die Loge blühte auf.

Bei Dämmerlicht wurden die Kandidaten in den Sinn der Logengemeinschaft eingeweiht, sie erhielten Themen als Prüfungsaufgaben, über den Sinn des Lebens, über die Aufgaben der Menschheit und dergl. mehr. Sie zahlten ihre Eintausfsumme nach Maßgabe ihres Vermögens in Höhe von 50 bis 200 Mark und durften nun die Vorteile der Logenzugehörigkeit genießen. Mit diesen soll es aber gehapert haben. Einige der Logenbrüder hatten die Schilderungen ihres Großmeisters so verstanden, als würde ihnen Gelegenheit gewährt werden, für ihr Geschäft nützliche Beziehungen anzuknüpfen, andere hatten wieder geglaubt, hier finanzielle Unterstützung finden zu können und noch andere hatten gehofft, daß sie die Möglichkeit erhalten würden, ihre kranken Kinder in entsprechenden Heimen unterzubringen. Sie nahmen auch Anstoß an der Parole „Alles wissen und nichts fragen“, was etwa so viel besagen sollte, als daß der Großmeister über die Mittel des Ordens frei verfügen durfte, ohne Rechenschaft abzugeben. Die Ausgaben mögen zu der Zeit eine beträchtliche Höhe erreicht haben; die Loge hatte bereits eine große Wohnung in der Uhlandstraße inne. Die Rebellion ging schließlich so weit, daß ein Teil der Mitglieder, entgegen den Statuten des Ordens, die Vorschriften, daß in allen Dingen dem Großmeister Folge zu leisten sei, eine geheime Versammlung abhielten. Das Ende des Liebes war eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen G. wegen Betruges. In erster Instanz wurde dann der Großmeister des Ordens vom Schöffengericht Lichterfelde zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Sept fand vor dem Landgericht I die Berufung statt. Die Ordensbrüder, größtenteils kleine Leute, Handwerker und Kaufleute, etwa 50 an der Zahl, waren als Zeugen erschienen. Der Angeklagte glaubte sich jedoch von jeder Schuld frei. Er habe aus rein idealistischen Motiven gehandelt, nichts anderes als eine geistige Gemeinschaft angestrebt und nie irgendwelche Vorteile den Logenmitgliedern versprochen; sollten diese es so verstanden haben, so haben sie ihn eben mißverstanden. Auch habe er nie irgendwelche Vorteile aus seiner Eigenschaft als Großmeister gezogen; es sei nicht wahr, daß die Bücher nicht ordnungsgemäß geführt worden seien. Nun waren aber wie zum Unglück die Buchsachverständigen nicht erschienen. Dem Gericht blieb nichts übrig, als die Gerichtsverhandlung zu vertagen.

Brand in der AEG-Locomotivfabrik Hennigsdorf. Heute in früher Morgenstunden entstand in der Locomotivfabrik der AEG in Hennigsdorf ein Brand, herbeigeführt durch Selbstentzündung in der Kohlenaufbereitung. Dieser Brand konnte von der eigenen Fabrikfeuerwehr in kurzer Zeit abgelöscht werden.

Der Mord an Frieda Ahrendt
Ein neuer Fund im Wasser.

Wie wir in unserer Freitag-Morgenausgabe berichteten, wurde am Vorgabe gegen 8 Uhr abends in Schöneberg im Fluß des Haules Bahnstraße 32 am Kellereingang ein Saß gefunden, der blutiges Bettzeug enthielt. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um das Bettzeug handelte, in dem die Frieda Ahrendt von dem immer noch unbekanntem Täter ermordet wurde.

Bisher war es trotz eifriger Nachforschungen der Kriminalpolizei noch immer nicht möglich, die fehlenden Leichenteile, die links Körperhälfte mit einem Teil des Oberhalses und den Kopf aufzufinden. Auch vom Reichswasserchau waren in den Flußläuten, in der Bante und den Gewässern des Tiergartens Nachforschungen angefertigt worden, die zunächst ohne Erfolg blieben. Heute mittag gegen 12 Uhr wurde nun in der Nähe des Humboldtbrunnens der fehlende linke Körperhälfte eines weiblichen Körpers, also ohne Zweifel der der Frieda Ahrendt, aus der Spree herausgefischt. Ein Pflanz, der an der Uferböschung entlangging, sah im Wasser ein größeres verschnürtes Paket treiben. Durch die letzten Mitteilungen über den Mordfall an der Frieda Ahrendt aufmerksam geworden, kam ihm das Paket verdächtig vor und er alarmierte den naheliegenden Reichswasserchau. Das Paket wurde aufgeflutet und beim Deffnen desselben die linke Körperhälfte der Frieda Ahrendt entdeckt. Der Leichenteil wurde zum Schaubaus gebracht, wo sich sofort Beamte der Mordkommission einfanden, um die nötigen Untersuchungen anzustellen.

Rundgebung der Staatenlosen.

Eine Fülle von Problemen war es, die am Freitag in der Stadthalle in einer öffentlichen Rundgebung des Verbandes der Staatenlosen aufgerollt wurde. Das zerstückte Europa der Nachkriegszeit mit seinem Flüchtlingselend und Hunderttausenden durch einen federlos Staatenlos Gemachten zeigt sich bitter in der unglücklichen, rechtlosen Lage der Staatenlosen. Eine lange Liste von Rednern erhellte die einzelnen Fragen. Zu dem Thema „Deutsche Frauen sollen deutsch bleiben“ sprach neben den Abgeordneten Kartha Dönhoff und Helene Weber sehr temperamantvoll und die wirtschaftlichen Ursachen mit aufdeckend Genoffin Toni Pfäff. Die Forderungen der Staatenlosen behandelten K. Wechsner und Genoffe Dr. Oskar Coch für die Visa für Menschenrechte. Nach den Ausführungen des letzteren sind allein 15000 Staatenlose in Berlin. Die Hauptforderungen seien zurzeit ein einheitliches Legitimationspapier, Vereinbarum mit den einzelnen Staaten zur Herstellung der ursprünglichen Rechtsgarantien und Zwangnaturalisierung durch Beschluß des Völkereundes. Das europäische Gewissen müsse aufgerufen werden.

Die recht zu befechtete Verammlung, der auch Vertreter der Regierung beiwohnten, nahm am Ende folgende Erklärung einstimmig an:

„Die Versammlung beschließt, an den Völkerebund zu appellieren, daß er zusammen mit den Vertretern der einzelnen Staaten eine ständige Kommission einrichte, die mit den Vertretern der Staatenlosen die Lage der Staatenlosen in den verschiedenen Ländern prüft und mit den Vorarbeiten zur internationalen Regelung der Staatenlosenfrage beginnt. Sie richtet den gleichen Appell an die Regierungen der einzelnen Staaten und bittet sie, durch innerstaatliche Gesetze und Verordnungen die Lage der Staatenlosen im Sinne der Forderungen zu bessern, die der Verband der Staatenlosen vertritt.“

Totengedenkfeier in Kassel.

In Kassel fand heute morgen um 11 Uhr die Totengedenkfeier für die Opfer der Straßenbahnkatastrophe statt. Der Platz um die Gedächtnisstätte in der Karolinenstraße war abgeperrt, der Zutritt zur Feier wurde nur denen gestattet, die sich durch Karten ausweisen konnten. Bürgermeister Dr. Stadler besuchte die Verletzten im Ruten-Kreuz-Krankenhaus, erkundigte sich nach ihrem Befinden und sprach seine warme Teilnahme für sie aus. Dem Mädchen Maria Bape, die geistesgegenwärtig genug war, zwei Kinder und sich selbst von der Katastrophe zu retten, überwies die Stadt ein Ehrengeld von 100 Mark, außerdem hat sie erhebliche Zuwendungen aus privaten Kreisen erhalten.

